Resolution 2

Faire Bezahlung und Zukunftssicherung für Hebammen – Berlin muss endlich handeln!

Hebammen sind unverzichtbar: Sie begleiten Frauen und Familien vor, während und nach der Geburt in einer besonders sensiblen Lebensphase. In Bayern prägt traditionell das System der freiberuflichen Beleghebammen die Geburtshilfe – ein Erfolgsmodell, das nun in seiner Existenz bedroht ist. Ein Schiedsspruch vom April 2025 bringt Einkommenseinbußen von bis zu 30 Prozent mit sich und gefährdet damit die flächendeckende Versorgung im Freistaat.

Die FREIEN WÄHLER haben das Thema seit Langem im Fokus und setzen sich konsequent für die Stärkung der Hebammen und eine wohnortnahe Geburtshilfe ein. Bayern unterstützt seine Hebammen seit Jahren mit dem Hebammenbonus von bis zu 1.000 Euro jährlich sowie einer Niederlassungsprämie in Höhe von 5.000 Euro. Damit setzt der Freistaat bundesweit Maßstäbe. Doch diese Maßnahmen können die Verantwortung des Bundes nicht ersetzen. Eine faire Vergütung muss auf Bundesebene sichergestellt werden, um die Geburtshilfe dauerhaft zu sichern.

Die FREIEN WÄHLER fordern:

1. Faire Vergütung und Korrektur des Schiedsspruchs durch die verantwortlichen Vertragspartner auf Bundesebene.

2. Evaluation des aktuellen Hebammen-Hilfevertrags.

3. Beteiligung der Länder an den Vergütungsverhandlungen, um regionale Unterschiede und Bedarfe besser zu berücksichtigen.

4. Ein Bundesprogramm zur Sicherung freiberuflicher Hebammen, insbesondere im ländlichen Raum.

5. Einen Runden Tisch von Bund, Ländern, Krankenkassen und Hebammenverbänden zur kurzfristigen Sondierung tragfähiger Lösungen.

6. Von den Krankenkassen erwarten die FREIEN WÄHLER eine aktive Mitwirkung an fairen Vergütungsverhandlungen und die Anerkennung der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Hebammentätigkeit.

Nur mit einer gerechten Bezahlung und verlässlichen Rahmenbedingungen bleibt die wohnortnahe Geburtshilfe in Bayern erhalten. Die FREIEN WÄHLER stehen fest an der Seite der Hebammen – Berlin darf nicht länger wegsehen.